



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

nöhrfähigkeit (Lenkbarkeit, die auf den geringen Dimensionen beruht) und so geringem Preise zu bauen und dasselbe dabei doch so stark zu panzern wie die große Mehrzahl der englischen und französischen Panzerschiffe, diese Aufgabe ist vom Erbauer des „Arminius“ wirklich meisterhaft gelöst worden. — Das harte Urtheil, das die öffentliche Meinung im Anfang hören ließ, beruhte theils auf einer kleinen Rivalität der Handelsmarine, und besonders der hanseatischen gegenüber der preussischen, theils auf Opposition gegen die preussischen Wehreinrichtungen überhaupt; es ist seitdem durch die Thatfachen völlig ins Gegentheil verwandelt worden.

### Aus Schwaben.

„So groß ist unser Unglück, daß wir selbst den Glauben an Hilfe eine Thorheit nennen; so kläglich unsere Zersplitterung, daß wir selbst das Bedürfniß der Einigung nicht mehr empfinden; so absolut unsere Nichtigkeit, daß wir uns unserer Schwäche freuen können; so tief unsere Entwürdigung, daß wir mit unserer Schande prahlen; so heillos unsere Verblendung, daß wir die rettende Hand, die man uns bietet, mit Haß und Widerwillen von uns stoßen.“

„Ich behaupte, daß weniger die Fürsten als die Völker Deutschlands das große Hinderniß seiner Vereinigung bleiben werden.“

„Und leider ist ja doch der Freiheitsinn der Deutschen nur noch darin sichtbar, daß sie nirgends mehr zusammenhalten, keiner sich in andere schicken will. Bei der geringsten Kränkung eines falschen Ehrgefühls durch seinesgleichen ist der Deutsche gleich entschlossen, jedes Band der Vereinigung mit Stammes- und Volksgenossen aufzulösen; sobald nicht alles nach seinem Sinn geht oder seine Eitelkeit und Eigenliebe nicht ihre Rechnung findet, zieht er sich auf sich selbst zurück oder wirft sich durch einen verrätherischen Bund mit Fremden der offenbaren Schande in die Arme.“

Paul Pfizer kannte seine Schwaben. Vor 36 Jahren sind diese seine Sätze geschrieben. Aber sie könnten heute geschrieben sein. Dieselben Wahrnehmungen hätte der machen können, der den Debatten der württembergischen Abgeordnetenkammer über die Allianz- und die Zollvereinsverträge beiwohnte.

Der Ausgang ist ein den Verträgen günstiger gewesen; es ist die Schmach

abgewendet worden, daß ein deutsches Volk, Herr seines freien Willens, die Waffen- und Verkehrs-gemeinschaft mit den Brüdern aussagte und mit eigenen Händen einen Strich zwischen sich und Deutschland zog. Dieser Schmach, dieser Loskauf an das Ausland ist erspart worden. Aber dies ändert nichts an der beschämenden Thatsache, daß diese Gefahr in der That nahe lag, daß Tage lang darüber gestritten wurde, ob wir auch hinfort zu Deutschland gehören wollen oder nicht, und daß die Gründe, welche schließlich den Ausschlag gaben, wesentlich von außen gekommen sind. Der schwäbische Particularismus ist aufs Haupt geschlagen worden, aber die innere Ueberwindung des Feindes muß nun erst folgen.

Möglich, daß, wenn der Particularismus das Feld behauptet hätte, eine um so raschere Radicalcur die Folge gewesen wäre. Der Gedanke war verzeihlich, daß die feindlichen Elemente in unserer Volkskammer und in der bayrischen Adelskammer wirklich die „eiserne Consequenz“ möchten bewahrt haben, die ihr „Beobachter“ und „Volksbote“, dieses Dioskurenpaar am Himmel süddeutscher Publicistik, bis zum letzten Augenblick andichteten, daß Bayern und Württemberg eine Weile vor die Thüre des Zollvereins gesetzt worden wären und die Folgen ihres Troges zu spüren gehabt hätten. Ohne Zweifel hätten nicht wir Ursache gehabt, mit dem Gang der Dinge unzufrieden zu sein. Die Aufregung, welche sich der bayrischen Bevölkerung bemächtigte, als der eine Factor der Gesetzgebung dem Lande den Fehdehandschuh hinwarf, zeigt deutlich, welche gewaltige Hebel der nationalen Sache zu Gebote standen, wenn sie einem ersten Widerstand begegnete. Gleichwohl ist es besser, daß nicht größere Zwangsmittel angewendet werden mußten und ein normaler Gang der Dinge davor bewahrte, die deutsche Entwicklung in die Bahn von Experimenten zu werfen. Durch die Annahme der Verträge ist der Boden gewonnen, von welchem aus jeder weitere Fortschritt ohne Wiederkehr einer Krisis sich vollziehen läßt, und das Zollparlament, das nun gesichert ist, ist auch darum ein so unschätzbares Instrument, weil so lange der förmliche Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund nicht angeht, doch seine Competenz sich jederzeit beliebig erweitern läßt, bis endlich niemand mehr ein Interesse hat, dem völligen Eintritt zu widerstreben.

Sehr unerwünscht war den Begnern die Wahrnehmung von der Connetivität des Zoll- und Allianzvertrages. Es brauchte lange, bis die wiederholten Erklärungen in Berlin endlich diese unbequeme Erkenntniß zur Reife brachten. In der That hatte man sich in der seltsamen Illusion gewiegt, daß man recht gut den einen Vertrag verwerfen, den andern annehmen könne; manche schienen es als einen ganz billigen Handel zu betrachten, wenn sie, den Zollvertrag gegen den Allianzvertrag abwägend, eine Concession nach der einen Seite durch ein Zugeständniß nach der andern compensirten. Als zuerst der Abg. Braun

von Wiesbaden einen Strich durch diese Rechnung machte, ward die „leere Drohung“ mit dem üblichen, für solche Gelegenheiten vorräthigen Hohn aufgenommen; durch so windiges Gerede konnte die Gesinnung schwäbischer Männer nicht erschüttert werden. Als jedoch die Erklärung, daß der Bund nur mit denjenigen die Interessengemeinschaft fortsetzen könne, welche auch zu Schutz und Trug mit ihm zu stehen entschlossen seien, in höchst nachdrücklicher Form sich wiederholte, wurde der Spott unsicherer, er verlor sich allmählich, man ging jetzt in eine andere Tonart über und begann zu jammern über den unerträglichen Druck, der angewendet werde und gar keine freie Entscheidung mehr ermögliche. Allein so kurzlebig jene Hohnversuche gewesen, so überflüssig war dieses Gejammer. Die süddeutschen Kammern waren wirklich so frei als möglich in ihrem Entschlusse, sie konnten bleiben oder gehn, wohin ihr Herz sie zog, und wenn man ihnen von Berlin aus den Charakter der Untrennbarkeit an jenen Verträgen nachwies, so hieß das nur auf die selbstverständlichen Folgen aufmerksam machen, die aus der Entschliebung der Kammern sich ergaben. Wenn diese nicht selbst der Folgen ihrer Handlungsweise sich bewußt schienen, so war es sehr dankenswerth, wenn auch beschämend, daß ihnen die preussische Regierung und der norddeutsche Bund diesen Dienst leisteten. Und wenn die Lection öfters wiederholt werden mußte, so machte das freilich einen peinlichen Eindruck, aber doch nur deshalb, weil es bewies, daß die Lehre schwer begriffen wurde. Jedenfalls war es nicht an denen, über die unerhörte PreSSION sich zu ereifern, welche die Ankündigung der eventuellen Auflösung des Zollvereins als eitle Drohung verlacht hatten, weil, wie man sagt, einmal der norddeutsche Markt ein ungleich größeres Interesse an der Erhaltung des Zollvereins habe als der süddeutsche, und dann, weil die Kündigung, wenn sie je erfolge, nur die höchst willkommene Befreiung Süddeutschlands wäre, ein Ziel aufs innigste zu wünschen, da erst in einem süddeutschen Zollbund, frei von den Uebervortheilungen, denen wir biederen Schwaben im Verkehr mit den Norddeutschen stets ausgesetzt sind, die volle Blüthe süddeutschen Handels und Wandels sich entfalten könne. Erinnerte man doch — wenigstens in Bayern war dies der Fall — mit melancholischem Seufzer an jene glückseligen Zeiten, da es noch keinen Zollverein auf Erden gab!

Ueber diese Dinge waren nun freilich diejenigen Kreise, die in erster Linie betheiligt waren und auch wohl am ehesten ein Urtheil besaßen, entgegengesetzter Meinung. Je näher der verhängnißvolle Termin rückte, um so lebhafter wurde die Bewegung in der Handels- und Gewerbewelt. Die acht Handelskammern des Landes gaben nach einander ihre Stimmen ab, sämmtlich für die Verträge. Die Gewerbevereine folgten. Die Generalversammlung des württembergischen Handelsvereins, der in 19 Localvereinen über 1700 Mitglieder zählt beschloß eine Eingabe an die Ständeversammlung, welche neben den materiellen

Interessen auch das nationale Moment der Verträge kräftig hervorhob, mit allen gegen Eine Stimme. Auch die Arbeitervereine, endlich die Magistrate fingen an in die Bewegung einzutreten, die allmählich recht respectable Dimensionen annahm, wenn sie auch nicht die Temperatur der bayrischen Bewegung erreichte. Eine ansehnliche Bürgerversammlung zu Stuttgart, welcher der Oberbürgermeister der Residenzstadt präsidirte, machte unmittelbar vor Beginn der Kammerdebatten den Beschluß dieser Demonstrationen. Was die Volkspartei dagegen aufzubringen hatte, war gleich Null. Wo blieben jene 43,000 Männer, die vor einem Jahr ihre berühmten Unterschriften unter die Adressen der Volkspartei gesetzt hatten, unter jene Adressen, die je nach den 4 Kreisen des Landes in 4 stattliche Bände gefaßt, Muster der Papeterie, in den Archiven des Ministeriums des Innern schlummern? So viel war unleugbar, die Interessen des Landes hatten laut gesprochen, die Stimme der urtheilsfähigen Kreise pochte vernehmlich an die Thüren des Halbmondsaals und es war wenig tactvoll, als man sie innerhalb dieses geweihten Raumes mit Wigen über die banausischen Pfeffersäcke glaubte abfertigen zu können; wobei jedoch nicht verschwiegen werden soll, daß die Agitation wider die „unabsehbaren Gefahren“ einer Sprengung des Zollvereins allerdings zuweilen einen kleinlichen und weinerlichen Charakter anzunehmen drohte.

Und noch ein Bundesgenosse erschien, unverhofft, in elfter Stunde. Das Ministerium hatte bis zulezt sich einer fröhlichen Sorglosigkeit hingegeben und die Agitation für die Verträge, die Widerlegung der Mohlschen Monstrositäten einzig der deutschen Partei überlassen, was sehr bequem war, aber über die Herzensmeinung des Ministeriums nach wie vor im Dunkeln ließ. Daneben sah man gelassen zu, wie die öffentliche Meinung von der unter den Oberamtleuten stehenden Localpresse fortgesetzt in einer Weise bearbeitet wurde, als seien Instructionen noch in Kraft, die im Juni des denkwürdigen Jahres 1866 zur Zeit des *Vae Victis* gegeben worden. Bis zulezt wurden die Untergebenen darüber in Zweifel gelassen, ob sie sich der Regierung angenehmer machten, wenn sie gegen die Vorlage oder für dieselbe wirkten. Jetzt stand man vor den Folgen eines solchen Schritts und die Regierung war nun doch ernstlich besorgt, und sah sich nach Mitteln um, die bedrohte Sache zu süßen. Sie fand dieselben glücklich. Der König kam von seinem Aufenthalt am Bodensee nach der Hauptstadt, wie dienstbeflissene Organe versicherten, um sein Interesse an der bevorstehenden politischen Entscheidung zu bethätigen, und nun hielt er Anreden bei Audienzen, bei Diners, im Ministerrath, welche durch zuverlässige Canäle rasch zu weitester Verbreitung gebracht wurden, Anreden, in welchen er seinen ernststen Entschluß ausdrückte, an den mit Preußen geschlossenen Verträgen festzuhalten, und die Erwartung hinzufügte, daß so wie er Opfer gebracht, auch sein Land der Größe des Gesamtvaterlandes Opfer bringen werde.

Das war nun doch kein kleiner Trost für loyale Gemüther; auch der conservative schwarzrothe Patriot mußte sich dadurch aufgefördert fühlen, das Sei-nige dazu beizutragen, daß seinem Könige das Worthalten erleichtert würde. Manchem, der bisher vorsichtig zurückgehalten, gedieh jetzt ein heldenhafter Muth, mit seiner Ueberzeugung hervorzutreten. Insbesondere wollte man bemerken, daß in den bürgerlichen Collegien der Residenzstadt jetzt eben der un-widerstehliche Drang erwachte, sich an den Kundgebungen zu betheiligen. Vie-len waren unerwartet, wie dem Munde des Oberbürgermeisters bei der Versamm-lung im Bürgerhause beredete Worte zum Lob des norddeutschen Bundes und zum Tadel particularistischer Ueberhebung entfloßen. Eine national-liberale Aera schien leuchtend über der Stadt am Resenbach aufzugehn. Und beschämt stand der Ultraroyalismus des „Beobachter“ daneben. Sein hochherziges An-gebot mit der Civilliste bis ans Ende der Tage war unbeachtet geblieben, die Hoffnung auf ein Ministerium Neurath war dahin, seitdem der König im ersten Ministerrath nach seiner Rückkehr Hr. v. Barmbüler für den Fall der Verwer-fung der Verträge die Ermächtigung zur Kammerauflösung ertheilt hatte.

Nichts desto weniger hörte man von den particularistischen Blättern mit affectirter Kaltblütigkeit Tag für Tag versichern, die Verwerfung der Verträge durch unsere zweite Kammer sei über alle Zweifel erhaben und bereits vollendete Thatsache. Der Zweck war einfach, durch diese Behauptung jene zweifelhafte Gruppe von Abgeordneten, welche weder der deutschen, noch der demokratisch-ultramontanen, noch der Regierungspartei angehören und die weniger um ihrer Bedeutung als um ihrer Zahl willen fast ausschlaggebend waren, festzuhalten und dem drohenden Abfall vorzubeugen. Die Wirkung war freilich die ent-gegengesetzte, denn durch die Dreistigkeit jener Versicherung wurde im Land erst recht das Gefühl der vorhandenen Gefahr geweckt und verbreitet, jetzt erfolgten die Kundgebungen, welche selbst wieder am meisten auf jene dunkle Gruppe von Volksvertretern, für welche die Bezeichnung „Fraction Sumpf“ üblich ge-worden ist, von Einfluß sein mußten. Ohnedies beschlich das Gefühl völliger Vereinsamung allmählich auch die wärmsten Verehrer der Südbundsideen. Auf die völlig verpreußten, für die Schmach freiwilliger Knechtschaft ordentlich schwär-menden Badener hatte man freilich niemals gerechnet. Aber schmerzlich war, daß auch die bayrische Abgeordnetenlammer, auf die man einen Augenblick schüchterne Hoffnung gesetzt hatte, den Zollvereinsvertrag nicht bloß genehmigte, sondern mit Freuden und mit überwältigender Mehrheit genehmigte. Nachdem das bayrische Volkshaus diesen Beschluß gefaßt, oder wie ein niederbajuarisches Blatt sich glücklich ausdrückte, diesen „Begräbnißfact des bayrischen Selbststandes und Lebenswohls“ vollzogen hatte, blieb nur noch eine Hoffnung übrig: die bayrische Reichsrathskammer.

Und an diese letzte Hoffnung klammerten sich nun die vereinigten Demo-

craten, Ultramontanen und Schützjöllner Schwabens mit einer Zähigkeit, die einer bessern Sache würdig war. Dieselben, die über das norddeutsche Parlament mit seinen diätenlosen Adligen die Nase rümpften, erwarteten jetzt von den Bischöfen, Fürsten und Grafen des Bayerlandes die Rettung der süddeutschen Freiheit. Mit ungewohntem Respect besprach unser „Beobachter“ die Institution des benachbarten Adelshauses; dies war einmal ein „wirklicher Senat“, eine „wirkliche Volksvertretung“. Zwischen Moriz Mohl und dem Freiherrn von Thüngen begann eine lebhaftere Correspondenz herüber und hinüber; Beobachter und Volksbote sahen sich zum Verwechseln ähnlich. Heute schrieb jener: „Eine Thür geht auf! aus völlig authentischer Quelle erfahren wir, daß der bayrische Reichsrath auf alle Fälle den Zollvertrag verwerfen wird.“ Sofort secundirte der bayrische Colleague: „Aufgepaßt! aus völlig authentischer Quelle erfahren wir, daß die württembergische Kammer auf alle Fälle die sauberen Preußenverträge verwerfen wird.“ Beide Theile stärkten sich durch Berufung auf den Bundesgenossen. Es war schon jetzt klar, daß jeder Theil vor der eigenen Verantwortung zurückschreckte und die Initiative der Verwerfung dem andern zuschieben wollte. In Württemberg suchte man möglichst viel Zeit zu gewinnen, um den Reichsräthen den Vortritt zu lassen. Dieser gebührte auch ohne Zweifel den Reifigen und Gewappneten; hatten doch schon die sieben Schwaben, als es das Ungethüm am Bodensee zu bekämpfen galt, sich zu dem weisen Rath vereinigt:

Sofele, geh' Du voran,  
Denn Du hast Sporn und Stiefel an.

Da war es nun freilich eine schlimme Ueberraschung, als die Nachricht von der ersten Abstimmung des Reichsraths, von der Annahme des Amendements Löwenstein hier anlangte. Allerdings formell hieß dies nichts anderes als den Vertrag verwerfen; denn daß Preußen durch Einräumung eines bayrischen Betons den Grundstein des neuen Gebäudes wieder herausbrechen werde, daran dachte ja wohl Niemand im Ernst. Allein die Ausflucht wollte doch zugleich so viel sagen, daß die hohe Kammer nicht eine unbedingte Verwerfung auf sich nehmen wollte. Factisch war eine Brücke zum Rückzug gebaut und es war unschwer vorauszusehen, wie Graf Bismarck die bayrischen Abgesandten bescheiden, und mit welchen Dispositionen diese nach der Isar zurückkehren würden.

Aber auch jetzt gab man am Resenbach das Spiel noch nicht verloren. Als endlich am 29. October, also drei Tage vor dem Termin der Ratificationen die Debatten beginnen sollten, beantragte Probst, der Berichterstatter der Commissionmehrheit, noch einmal Vertagung, bis ein definitiver Entscheid zu München vorliege. Diese Abdication zu Gunsten der bayrischen Reichsräthe, die wenig stimmte zu der sonstigen eifersüchtigen Sorge um die württembergische Selbständigkeit, fand jedoch nicht den Beifall der Kammer, sie stürzte

sich vielmehr muthig in die Debatte über den Allianzvertrag, der dann auch nach dreimal erneuter Verhandlung am folgenden Abend mit starker Mehrheit genehmigt wurde. Allein selbst jetzt war das Schicksal des Zollvereinsvertrags, zu dessen Genehmigung nicht einfache, sondern Zweidrittelmehrheit erforderlich war, noch keineswegs gesichert. Bevor die entscheidende Sitzung am 31. Morgens eröffnet wurde, bemerkte man, wie da und dort eifrig die Mitglieder-Verzeichnisse studirt wurden, um zu berechnen, welche Abgeordneten für, und welche gegen stimmen würden, und ob die für eine Zweidrittelmehrheit erforderliche Zahl von 60 zu erreichen sei. Aber man mochte noch so oft und genau abzählen, allgemein war die Meinung, daß nur auf 59 mit Sicherheit für die Genehmigung zu rechnen seien. Da trat noch einmal rettend die Correspondenz mit den guten Freunden in München ein. Gleich beim Beginn der Discussion erhob sich ein schutzöllnerisches Mitglied, das als einer der heftigsten Gegner der neuen Zollvereinsverträge bekannt war, und sagte: zuverlässigen Berichten aus München zufolge gebe die Kammer der Reichsräthe ihren Widerstand auf und damit werde auch der Widerstand Württembergs hinfällig; er selbst halte nach wie vor den neuen Zollverein für schädlich, verderblich, verhängnißvoll und dergl. mehr, werde aber für ihn stimmen. Dies war das Signal zu einer allgemeinen Fahnenflucht; man erklärte für einen Vertrag zu stimmen, den man gleichzeitig als ein schreckliches Unglück für das Land prädicirte, statt der Discussion gab es nur noch motivirte Abstimmungen. Selbst Mohl erklärte trauernd die Schlacht für verloren, was aber nicht hinderte, daß Frhr. v. Barmbüler zu guter Letzt mit wahrhaft vernichtenden Streichen über Mohl herfiel, von denen dieser in jedem andern Lande als Schwaben sich nicht mehr erholen würde. An demselben Vormittag, während unsere Debatten im Gang waren, erfolgte die Abstimmung in der Reichsrathskammer zu München. Wirklich hatte sie ihren Widerstand aufgegeben, wegen der unzweideutigen und drohenden Haltung des bayrischen Volks, wie die Einen sagten, weil die Schlacht in Württemberg in diesem Augenblick verloren sei, wie die Anderen sagten. Unter dem Eindruck dieser Nachricht aus München geschah dann vollends die Abstimmung zu Stuttgart, die nur noch eine unbedeutende Minderheit auf Seite der „eisernen Consequenz“ auswies.

Also die Bayern gaben nach, weil die Würtemberger nachgaben, und diese gaben nach, weil die Bayern nachgaben. Mit anderen Worten: beide schreckten zurück vor den Folgen ihres Eigensinns, und dies war die treffendste Selbstkritik der Einwendungen, die sie bis zum letzten Augenblick aufrecht gehalten hatten, und die sie doch selber durch ihre Handlungsweise für bedeutungslos erklärten gegen die Folgen, welche die Verwerfung gehabt hätte. Die Bayern waren froh, daß sie sich auf die Würtemberger, und diese, daß sie sich auf die Bayern berufen konnten. Schließlich war es doch die unzweideutige Kundgebung

des öffentlichen Willens in Süddeutschland, was die „eiserne Consequenz“ erschütterte.

Ueber die Debatten selbst nur das eine Wort, daß sie nach allgemeinem Urtheil, wenige Momente abgerechnet, weit nicht auf der Höhe des Gegenstandes waren. Es waren doch zu ausgetretene Geleise, in welchen sie sich bewegten. Auch der Umstand, daß der Schwerpunkt der Entscheidung in den jeden Augenblick aus München erwarteten Telegrammen lag, machte sich geltend, selbst die äußere Physiognomie der Verhandlungen zeigte keineswegs jene Würde, die man sich von so ernster Entscheidung unzertrennlich denkt. Alles in allem wird man sich Glück dazu wünschen dürfen, daß dies die letzte Verhandlung von so weitgreifendem nationalen Interesse gewesen ist, über welche eine Einzelkammer zu Gericht saß. Die in den Institutionen des Particularstaats zerstückte Stimme des Volks geht über auf das deutsche Parlament — das ist ja wohl auch der tiefste Grund, warum die bisherigen Monopolisten des Constitutionalismus sich so verzweifelt wehren gegen Bildungen der Zukunft.

r

---

## Politische Rundschau.

Der französische Congressvorschlag.

X Leipzig, Mitte November.

Nach einem bekannten lateinischen Sprichworte werden die Völker geschlagen, wenn und so lange die Fürsten streiten. Die Erfahrung des laufenden Jahrhunderts hat den Völkern bewiesen, daß es für sie unter Umständen noch bedenklicher sein könne, wenn ihre Könige Frieden schließen und sich zu vertraulicher Berathung versammeln. Deutschen, Franzosen und Italienern ist die Erinnerung an die Congresse und Fürstenconferenzen der Restaurationszeit beinahe ebenso verhaßt, wie das Andenken der großen Kriege, welche am Wendepunkt des Jahrhunderts den Welttheil zerrissen, und wenn die Verhältnisse sich seit den letzten funfzig Jahren auch genugsam verändert haben, um die Wiederkehr von wiener, veroneser und carlsbader Beschlüssen unmöglich erscheinen zu lassen, so hat das Wort „Congress“ doch noch immer einen schlechten Klang in allen Kreisen, welche nicht direct mit der Diplomatie zusammenhängen. Die Mißverhältnisse, an denen die verschiedenen europäischen Staaten laboriren, sind zum größten Theil Conferenzgeschöpfe, während die heilsamen Umwäl-